POLITIK IN DER SACHE STATT BRANDMAUER-POLARISIERUNG

Der Einzug des BSW in den Landtag von Sachsen-Anhalt war ein Erfolg für die junge Partei. Ihre Wähler ließen sich weder von Kampagnen der Medien beeindrucken noch von fragwürdigen Umfragen, die einen Sprung ins Parlament aussichtslos erscheinen ließen. Die Polarisierung im Land spiegelt sich auch im Wahlergebnis wider. Auf die AfD entfielen 39 Sitze, auf die Brandmauer-Parteien von CDU bis Die Linke ebenfalls 39, auf das BSW fünf. In dieser Pattsituation hätte der BSW-Vorschlag eines überparteilichen Ministerpräsidenten, der mit wechselnden Mehrheiten unter Einbeziehung der AfD regiert, das Potenzial, aus der Brandmauer-Sackgasse herauszuführen und einer weiteren Polarisierung der Gesellschaft entgegenzuwirken. Dass es in Sachsen-Anhalt derzeit keine Mehrheit für diese Überlegungen gibt, ändert nichts daran, dass es richtig war und bleibt, für diese Option zu werben.

> ***Die Brandmauer ist gescheitert – parlamentarische Zusammenarbeit mit der AfD ja, Koalition nein.***

Das BSW hat deutlich gemacht, weder einen Ministerpräsidenten der Wahlverliererin CDU bzw. einer Brandmauer-Koalition noch Ulrich Siegmund von der AfD zu unterstützen. Damit Ulrich Siegmund als Ministerpräsident gewählt wird, müssten ihn Abgeordnete anderer Fraktionen ins Amt heben.

Das BSW hat seine Linie im Umgang mit der AfD im Wahlkampf auf die Formel gebracht: Die Brandmauer ist gescheitert – parlamentarische Zusammenarbeit mit der AfD ja, Koalition nein. Es gilt nun auszubuchstabieren, was das in der politischen Praxis bedeutet und wie diese Perspektive mit Leben erfüllt werden kann. Das betrifft das ganze BSW und nicht nur den Landesverband Sachsen-Anhalt.

Als Grundwertekommission sehen wir unsere Aufgabe nicht darin, in innerparteiliche Entscheidungen einzugreifen, die der Mitgliedschaft, den gewählten Organen und den Landesverbänden obliegen. Stattdessen sollen und wollen wir die programmatisch-strategische Entwicklung des BSW beratend begleiten.

Trotz der auf den ersten Blick verfahrenen politischen Mehrheitsverhältnisse in Sachsen-Anhalt bietet der „Magdeburger Weg“ des BSW große Chancen, die Situation konstruktiv zu nutzen: um für das BSW Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen, die durch die Beteiligung an einer Brandmauer-Koalition in Thüringen und andere, das eigene Profil in Frage stellende Aktivitäten erschüttert wurde, und um für eine neue politische Kultur zu werben, in der nicht das Parteibuch im Mittelpunkt steht, sondern politische Inhalte, und in der sachbezogene Zusammenarbeit über politische Lagergrenzen hinweg möglich wird.

Aus unserer Sicht sind für diesen BSW-Ansatz der „Politik in der Sache“ folgende Grundsätze zentral:

1. Die Wähler ernst nehmen

Die AfD sollte wie jeder andere politische Konkurrent auch behandelt werden. Es gibt in der AfD extremistische Positionen, wie im Übrigen auch in den etablierten Parteien, die bereits in Regierungsverantwortung sind – Stichworte sind Einschränkungen der Meinungsfreiheit, autoritärer Umbau des Staates und friedensgefährdende Militarisierung. Diese Positionen in der AfD müssen klar benannt und aufs Schärfste zurückgewiesen werden. Die von Teilen der veröffentlichten Meinung betriebene Diffamierung der heutigen AfD als „Nazi-Partei“, welche nicht zuletzt dazu dient, die undemokratische Brandmauer zu legitimieren, ist hingegen vollkommen realitätsfern und stellt auch eine unverantwortliche Verharmlosung der NS-Diktatur dar.

Viele haben die Sorge, dass das BSW durch eine Kooperation mit der AfD dazu beitragen könnte, auch den extremistischen Positionen Macht und Einfluss zu verschaffen. Wir verschließen die Augen nicht vor diesem Problem. Wir legen Wert darauf, das uns grundsätzlich Unterscheidende zu benennen.

So wie Donald Trump die Vereinigten Staaten gespalten hat, wäre ein engstirniger Nationalismus, die Herabwürdigung anderer Kulturen und Nationalitäten und vor allem eine schuldentlastende Umdeutung deutscher Erinnerungskultur der völlig falsche Weg.

Es gibt in der AfD einen völkischen Flügel, der für millionenfache Remigration wirbt und den an der aktuellen autoritären Entwicklung in Deutschland nur das politische Vorzeichen stört. Es gibt transatlantische Kräfte, die Donald Trumps Kriege ebenso unterstützen wie die NATO und die aktuelle Hochrüstung. Es gibt Spitzenfunktionäre, die sich der CDU offensiv als Partner anbieten, um den Sozialstaat in Deutschland endgültig zu zerstören. Aber es gibt eben auch diejenigen in der AfD, die dem BSW friedenspolitisch näher stehen als führende Politiker irgendeiner anderen Partei und die bereit sind, soziale Verbesserungen zu unterstützen. Die AfD ist eine widersprüchliche Partei. Gut möglich, dass sie irgendwann an der Seite der CDU all die negativen Entwicklungen fortsetzen und verschärfen wird, die zumindest Teile von ihr heute kritisieren. Richtig ist aber eben auch: Aktuell wird die AfD vielfach aus ähnlichen Gründen gewählt wie das BSW. Wenn wir uns der Kooperation verweigern, die notwendig ist, um Mehrheiten für sinnvolle Veränderungen zu nutzen, würde das BSW seinem Wählerauftrag nicht gerecht und im Ergebnis noch mehr enttäuschte Wähler an die AfD verlieren. Und richtig bleibt auch: Gerade die jahrelange Ausgrenzung hat zur Radikalisierung der AfD beigetragen und die Partei inzwischen so stark gemacht, dass absolute Mehrheiten auf Landesebene in greifbarer Nähe sind. Eine sachbezogene Zusammenarbeit, die vernünftige Positionen mehrheitsfähig macht, kann einer weiteren Radikalisierung entgegenwirken und zugleich die Durchsetzung von problematischen Forderungen verhindern, gegen die es im Falle einer absoluten AfD-Mehrheit keine Hemmschwelle mehr gäbe.

In diesem Sinne war es richtig, der AfD als klarem Wahlsieger die üblichen parlamentarischen Gepflogenheiten nicht zu verweigern und einen nach Lage der Dinge akzeptablen Kandidaten zum Landtagspräsidenten mitzuwählen, zugleich aber einem nicht akzeptablen Vizepräsidenten die Zustimmung zu verweigern.

Mit fast 44 Prozent hat die AfD ein Mandat zur Regierungsbildung erhalten. Den Willen von fast der Hälfte aller Wähler sollte in einer Demokratie niemand ignorieren. Ein Anspruch auf Regierungsbeteiligung ergibt sich allerdings selbst aus diesem starken Abschneiden nicht. Denn nur diejenigen können eine Regierung bilden, die es schaffen, tatsächlich eine Mehrheit hinter sich zu versammeln.

2. Inhalte vor Parteibuch

Das BSW sollte die Linie konsequent umsetzen, die es vor der Wahl versprochen hat: Anträgen zustimmen, unabhängig davon, von welcher Partei sie stammen, wenn diese aus Sicht des BSW sinnvoll und im Interesse seiner Wähler sind; Anträge ablehnen, die Positionen zuwiderlaufen, für die das BSW gewählt wurde. Dem entspricht, Schnittmengen und Mehrheiten bei Sachthemen auch durch gemeinsame Anträge zu nutzen. Der gemeinsame Antrag mit der AfD für Diplomatie im Krieg um die Ukraine und ein Ende der Energiesanktionen ist hierfür ein gelungenes Vorbild. Eine punktuelle Übereinstimmung bedeutet weder eine gemeinsame politische Grundlage noch eine politische Annäherung.

Es wäre zu begrüßen, wenn die anderen Parteien das Angebot des BSW aufgreifen würden, bei anderen Sachthemen, bei denen inhaltliche Gemeinsamkeiten bestehen, zusammenzuarbeiten – etwa bei der Verhinderung der Ansiedlung eines israelischen Rüstungskonzerns, wie mit der Linken in Sachsen-Anhalt versucht, beim Ausbau von Schulsozialarbeit oder der Einführung eines Landespflegegeldes.

Den Willen von fast der Hälfte aller Wähler sollte in einer Demokratie niemand ignorieren.

Dieser Ansatz nach dem Motto „Inhalte vor Parteibuch“ hätte das Potenzial, der wachsenden Politikverdrossenheit vieler Bürger entgegenzuwirken, die sich durch die pauschale Ausgrenzung ihrer Anliegen vor den Kopf gestoßen fühlen. Zugleich würden die politischen Differenzen zwischen BSW und AfD in zentralen Fragen ebenso deutlicher zu Tage treten wie die Schnittmengen, die die AfD mit den etablierten Parteien hat. Das betrifft insbesondere die Wirtschafts-, Sozial- und Aufrüstungspolitik, bei der Teile der AfD die unsozialen Positionen der etablierten Parteien auf die Spitze treiben.

3. Klarer Kurs

Das BSW ist angetreten, um eine vernünftige Alternative zur herrschenden Politik zu bieten und eine Leerstelle in der Parteienlandschaft zu füllen. Eine Koalition mit der AfD oder die Tolerierung einer AfD-(Minderheits-)Regierung kommen daher ebenso wenig infrage wie die Beteiligung an einer Brandmauer-Koalition.

Wenn es dem BSW in Sachsen-Anhalt gelingt, den Ansatz „Politik in der Sache“ innerhalb dieses Rahmens konsequent mit den eigenen politischen Positionen mit Leben zu füllen, hätte dieser Weg aus unserer Sicht das Potenzial, eine Alternative zur gescheiterten Brandmauer-Politik aufzuzeigen. Zugleich böte dieser Weg die Chance, dem BSW auch bundesweit wieder Auftrieb zu verleihen. Die Partei verfügt nach wie vor über großes Wählerpotenzial, insbesondere unter jenen, die sich aus einer generellen Unzufriedenheit mit der herrschenden Politik von den etablierten Parteien abgewandt haben und dadurch wieder zurückgewonnen werden können.

Papier der BSW-Grundwertekommission, November 2026

Jetzt QR-Code scannen und alle Positionspapiere lesen:

www.bsw-vg.de/grundwertekommission